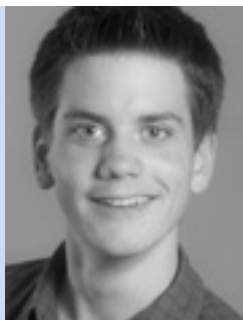


Mitteilungen

Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde

editorial



PATRICK FREUDIGER,
STADTRAT LANGENTHAL

E-Mail: p.freudiger@besonet.ch

Danke Schweiz!

In Italien offenbart ein Fussballskandal Machtverstrickungen bis in die Politik. In Frankreich legen Streiks und Randalen in den Vorstädten das öffentliche Leben lahm. Die USA haben die bitteren Folgen einer verfehlten Nachkriegsplanung im Irak zu tragen.

Klar: Auch die Schweiz hat Probleme. Der Schuldenberg von rund 240 Milliarden Franken drückt auf jeden Einzelnen von uns. Die stark ansteigende Staatsquote hemmt Innovationskraft und Investitionsfreudigkeit. Dennoch: Machtballungen wie in Italien, Streiks und Anarchie wie in Frankreich und tote Soldaten aufgrund von Kriegen in fremden Ländern, davon blieb die Schweiz bisher verschont. Dank der freiheitlichen Staatsordnung. Dank der direkten Demokratie. Dank dem Föderalismus. Dank unserer Unabhängigkeit. Vielleicht sollten wir uns für eine Minute klar werden, wie gut wir es in der Schweiz eigentlich haben: Danke Schweiz!

DEMOKRATIE

VON PROF. DR. HANS ULRICH WALDER,
SEMPACH

«Gemeindegeist finden». Unter diesem Titel hat kürzlich ein Luzerner Grossrat darauf hingewiesen, dass nach der Familie die Gemeinde als kleinste Einheit in unserem Land das direkteste und beste Funktionieren der Demokratie gewährleistet. Er zeigt aber auch auf, wie sehr die Kompetenzen der Gemeinden von oben her beschnitten werden, mit anderen Worten, dass die Gemeinden immer mehr an Stellenwert verlieren. Wir sind dabei so weit gekommen, dass nicht einmal die Stimmberechtigten wirklich wissen, was ihnen allmählich weggenommen wird.

Demokratie als Staatsform zu erklären scheint ein müssiges Unterfangen zu sein. Die Demokratie (Volks-herrschaft) muss indessen von allen Beteiligten getragen werden, sonst schlägt sie in ihr Gegenteil um, in die Oligarchie (Herrschaft einiger weniger). Demokratie lebt insbesondere von drei Elementen: vom **Dialog**, von der **Distanz** und von der **Disziplin**. Alle drei scheinen seit einiger Zeit in der Schweiz vergessen zu gehen.

Angehende Bundesratsmitglieder werden von ihrer Wahl verschiedenen Hearings in den Parlamentsfraktionen unterzogen, damit man ihre politische Haltung näher kennen lerne. Das ist gut und recht, aber eines wird nicht geprüft, nämlich ihre **Dialogfähigkeit**. Als politisch erfahrene Personen, auf deren Beitrag man überall gewartet hat, sind sie daran gewöhnt, zu reden. Aber bei etwas anderem hapert es, und das gilt nicht nur für Bundesräte: Es ist das Zuhören. Auch wer schriftlich angegangen wird, sollte

innerlich zuhören, bevor sie oder er die Antwort schreibt. Wenn das jedesmal geschähe, so würden nicht so viele magistrale Antworten am Kern der Sache vorbeigehen und würde auf Argumente wirklich eingegangen und nicht auf deren angeblich verdächtige Herkunft hingewiesen.

Ein zweites Element ist die **Distanz**, Distanz nämlich zu dem, was zur Diskussion steht. Man könnte das auch in Gegensatz stellen zur Befangenheit. Ein grosser Teil der öffentlichen Geschäfte wird nämlich unter Mitwirkung oder sogar unter der Leitung befangener Personen

In dieser Ausgabe

- 3** Jubiläumsfeier
50 Jahre PRO LIBERTATE
vom Samstag,
24. Juni 2006
im Berner Rathaus
«50 Jahre PRO LIBERTATE
sind nicht genug!»
- 7** «Die schweizerische
Europapolitik aus
wirtschaftspolitischer
Sicht»
- 8** Buchbesprechung:
Gegen die Diktatur –
für die Freiheit
- 9** Unkontrollierte
und willkürliche,
schrittweise
Armeeabschaffung –
am Souverän vorbei?
- 10** Für einen
selbstbewussten
Patriotismus!
- 11** Jubiläumsausflug
22. September 2006
- 12** Zusammenfassung



behandelt. Der Diktator ist praktisch immer befangen, doch auch demokratisch gewählte Regierungsmitglieder können es sein, meist nicht finanziell, aber sonst. Das ist so lange ganz natürlich, als nicht die Interessen anderer darunter leiden. Wir sind ja nicht mechanische Instrumente, sondern Menschen aus Fleisch und Blut. Wenn indessen ein Magistrat sein Lieblingsprojekt um jeden Preis durchsetzen will, dann läuft er Gefahr, die Proportionen zu verlieren, und nimmt er, um die erforderliche Mehrheit zu erhalten, Hilfe von Leuten in Anspruch, die irgendwann ihrerseits Hilfeleistung erwarten. Das führt zu Zwangskoalitionen, welche das echte Funktionieren der Demokratie zu stören geeignet sind, und kann in kleinem Gremium beginnen, im Parlament sich fortsetzen und auf internationaler Ebene verhängnisvoll werden. Der dritte unentbehrliche Vorgang ist die **Disziplin**. Demokratie bedeutet nicht, dass es so geht, wie ich es will. Ich kann alles daran setzen, um eine Vorstellung zu verwirklichen, doch bin ich an den Entscheid, der meinen Wünschen nicht entspricht, gebunden und nachher habe ich Ruhe zu geben. Das scheint manchenorts schwer zu fallen. Wenn etwas grundlegend geändert worden ist, kann der alte Zustand nicht wieder hergestellt werden, und das versucht auch niemand. Manche Verursacher einer Änderung wollen

sich jedoch mit dem erzielten Grad derselben nicht abfinden; sie streben nach immer Neuem, und das bringt unnötige Nervosität in das Leben der Demokratie (Domino-Effekt). Gebunden sind wir zudem durch unsere Verfassung, wir dürfen also nicht etwas verlangen, was derselben widerspricht. In der Schweiz mit ihrer direkten Demokratie ergeben sich auch heikle Verfahrensfragen, zum Beispiel die, ob ein Thema der obligatorischen Abstimmung von Volk und Ständen oder nur der fakultativen Volksabstimmung zu unterstellen ist. In Ermangelung eines Verfassungsgerichts entscheidet darüber die Bundesversammlung, die naturgemäss befangen ist (s. oben).

Damit stehen wir vor dem, was Demokratie nicht ist: Sie ist **keine Staatsform der Beliebigkeit**, sondern sie ist an Regeln geknüpft, die alle, auch die Machthabenden, einhalten müssen. Wenn die Regierenden in den Gemeinden, in den Kantonen oder im Bund Abstimmungen gewinnen wollen, dann ist das ein begreiflicher, nicht aber ein richtiger Ansatzpunkt. Sie sind befugt und es ist sogar ihre Aufgabe, Regelungen vorzuschlagen, und sie sind verpflichtet, Beschlossenes durchzuführen. In der Demokratie und vor allem in der direkten Demokratie sind es jedoch die Stimmberechtigten, die das letzte Wort haben. Dafür benötigen sie



Geboren 1929
Aufgewachsen und wohnhaft in Zollikon/ZH
Rechtsstudium in Zürich und Cambridge (England) 1947–1953, Abschluss mit Dr. iur, Advokatur 1955–1968
Mitglied des Zürcher Obergerichts 1968–1973
Ordinarius der Universität Zürich 1973–1994 (Zivilverfahrensrecht)
Gemeinderat in Zollikon 1958–1966
Zürcher Kantonsrat 1967–1970
Präsident der Evangelisch-Reformierten Kirchenpflege in Zollikon 1974–1978
Seit 1953 Mitglied der Evangelischen Volkspartei
1998 Gründung des Instituts Felsenegg (Institut für Gedankenfreiheit) in Sempach/LU 2003
Mitgründer und seither Präsident der Bewegung für Unabhängigkeit Militärdienst als Kan bei SchKanBttr I1/45 und FestKp I/23
Verheiratet mit

- Helga Bohner aus Augsburg 1956–1987 (Scheidung) Tochter Renate, geboren 1958
- Anne-Marie Richli-Räber aus Sempach seit 1993

Die gezielte
Zerstörung
unserer
direkten
Demokratie
und unseres
Wohlstands

Nationalrat Luzi Stamm

PRO LIBERTÄTE
Schweizerische Vereinigung für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde
3000 Bern 11

Schriftreihe PRO LIBERTÄTE Nr. 19 Dezember 2004

■ ■ Demokratie ist nichts Selbstverständliches. Luzi Stamm deckt in seiner Broschüre: «Die gezielte Zerstörung unserer direkten Demokratie und unseres Wohlstands» auf, wo die Gefahren liegen. ■ ■

Bestellschein auf Seite 12

keinen obrigkeitlichen Nachhilfeunterricht, wohl aber verständliche Formulierungen. Damit sie ihrer Aufgabe vernünftig nachkommen können, brauchen sie zudem Disziplin gegenüber sich selber und die Bereitschaft, sich das vor Augen zu halten, was auf dem Spiele steht. Der Stimmzettel, der in den Briefkasten geworfen werden kann, hat nicht weniger Bedeutung als der frühere, welcher normalerweise zur Urne gebracht werden musste. Eine schriftlich gestellte Frage schriftlich zu beantworten ist nicht mehr als Anstand. Disziplin hat meine Generation vor allem im Zusammenhang mit der Landesverteidigung gelernt. Ist es ein Zufall, dass auch die Landesverteidigung an Stellenwert verloren hat?

50
JAHRE

JUBILÄUMSFEIER **PRO LIBERTATE**

vom Samstag, 24. Juni 2006
im Berner Rathaus



Regierungsrat Urs Gasche überbringt die Grussbotschaft der Berner Regierung und betont die Wichtigkeit des Einsatzes von PRO LIBERTATE für die Freiheit als Fundament für Eigenverantwortung und Verantwortung gegenüber Mensch und Natur.



Präsidentin Ami Bossard Gartenmann:
«50 Jahre PRO LIBERTATE sind nicht genug»



50 Jahre PRO LIBERTATE sind nicht genug!

JUBILÄUMSANSPRACHE
VON AMI BOSSARD GARTENMANN,
PRÄSIDENTIN PRO LIBERTATE

Gründungszeit

In Ungarn war nach 1949 unter sowjetischer Besatzung ein schreckliches Terrorsystem eingeführt worden. Es kam zu Demonstrationen, denen sich immer mehr Bürgerinnen und Bürger anschlossen. Die von den Behörden eingesetzten Truppen verweigerten den Gehorsam und

folgten den Aufständischen. Die kommunistische Partei zerfiel. Am 24. Oktober 1956 wurden aber angeblich auf einen Hilferuf der ungarischen Regierung sowjetische Truppen eingesetzt. Von diesem Augenblick an wurde die ungarische Revolution, die bereits gesiegt hatte, zu einem Freiheitskampf der ungarischen Nation gegen den kommunistischen Imperialismus. Dies war der Anlass, der einige Berner bewegte, die Vereinigung PRO LIBERTATE – für die Freiheit – zu

gründen. Menschen im sicheren Hafen der Schweiz fühlten sich verbunden mit den Menschen in der Unterdrückung. PRO LIBERTATE ermahnte unsere Landsleute: Freiheit ist auch für uns nicht selbstverständlich; helft denen, die in Unfreiheit leiden, damit die Freiheit gedeiht. Die Ermahnungen waren ernst gemeint. Während rund dreissig Jahren engagierten sich die Mitglieder von PRO LIBERTATE mit ehrenamtlicher Arbeit und unzähligen Spenden für die Freiheitsidee.

Schweiz

War zu Beginn das Geschehen ausserhalb der Schweiz im Mittelpunkt, musste unsere Aktivität zunehmend auf Entwicklungen ausgeweitet werden, die unsere eigene Freiheit bedrängten. Die Armee-Abschaffer reichten erfolgreich zwei Abschaffungsinitiativen ein. Die bürgerliche Gesellschaft und die Staatssäulen wurden von verummten Links-Chaoten ebenso angegriffen wie von «angesehenen» Schriftstellern.

Nach dem «Fall der Mauer» gehörte auch PRO LIBERTATE zu den Kräften, die Recht behielten: Die Freiheit war erfolgreich gegen die Unfreiheit verteidigt worden.

Doch schnell rüttelte die Erkenntnis auf, dass im eigenen Land die Freiheit kein gemeinsamer Nenner mehr war. Freiheit mutierte zum Spielball der politischen Kräfte, Freiheit gilt als selbstverständliches Recht einer Konsumgesellschaft. PRO LIBERTATE blieb ihrem Auftrag

4
5



■ Vertreter der ungarischen Botschaft:
Herr Dr. Wallner mit Gattin. ■

■ Gründungspräsident Max Mössinger ■
(Bild rechts, erste Reihe)

■ Ganz rechts: Musikalische Umrahmung durch ein
Klarinettenquartett des Konservatoriums Bern. ■

treu und setzte sich für die Armee und Rüstungsprogramme ein, bekämpfte Anti-Waffenplatz-Initiativen; demonstrierte auf der Strasse für die Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges. Vorträge, Broschüren, Kleber und viele weitere Aktionen ermahnten das Stimmvolk – wie zu Zeiten des Kalten Krieges. Im Vordergrund stand stets der Auftrag, die Freiheit zu schützen und auszubauen. So stellte sich PRO LIBERTATE im Jahre 2003 hinter die Armee XXI, die gemäss Bundesverfassung nach dem Milizprinzip organisiert ist, zur Erhaltung des Friedens beiträgt und fähig ist, das Land und seine Bevölkerung zu verteidigen. In der armeetpolitischen Plattform stellten wir mit

unserem «Ja zur Armee XXI» folgende Forderungen auf:

- Eine nächste Armee reform ist kein Thema.
- Die Schweiz tritt der Nato, der Westeuropäischen Union und/oder anderen Verteidigungsbündnissen nicht bei.
- Der Auftrag Verteidigung und Raumsicherung ist Hauptaufgabe der Armee.
- Auslandseinsätze kommen nur im Rahmen der Gesetzgebung und unmittelbarer Interessen der Schweiz in Frage. Sie sind kein Hauptauftrag der Armee.

- Das Jahresbudget der Armee darf nicht unter 4 Milliarden Franken sinken.

- Die persönliche Armeewaffe und die Kriegsmunition werden weiterhin zu Hause bereitgehalten.

Dies ein Auszug unserer damaligen Forderungen, die nichts an Aktualität eingebüsst haben und auf denen wir nach wie vor bestehen. Deswegen lehnen wir auch den Entwicklungsschritt 08/11 ab, denn mit der vorgesehenen Verringerung der Verteidigungskapazitäten stellt sich unweigerlich die Frage eines Bündnisbeitritts. Dies aber widerspricht fundamental unserer Unabhängigkeit und Neutralität.



Betreuung meiner vierjährigen Tochter anstrebe, so kann ich dies steuerlich nur abziehen, wenn ich die Betreuende als Arbeitnehmerin anmelde und Sozialbeiträge einzahle. Der Staat kassiert, lenkt und zerstört das Interesse an Eigenverantwortung und Initiative. Eine Untersuchung, welche in der Zeitschrift L'Hebdo zum Thema soziale Unterstützung aus der Westschweiz publiziert wurde, zeigt, dass sich oft das Arbeiten in der heutigen Zeit nicht mehr lohnt. Gezeigt wurde dies am Beispiel zweier Familien mit drei studierenden Kindern. Die eine Familie hatte ein Bruttoeinkommen von Fr. 120 000, nach Abzug der Steuern blieb ihr zum Leben Fr. 110 000. Die andere Familie mit einem Bruttoeinkommen von Fr. 70 000 erhielt Fr. 50 000 Stipendien (nicht steuerpflichtig) und bezahlte noch 188 Franken für die Steuern. Ihr blieb Fr. 120 000 zum Leben. Solche Situationen sind nicht einmalig, sondern finden sich überall in unserem so sozialen System. Wenn hier keine Kursänderungen

landschaft erläutert. Die einheitliche Denkweise erkenne man, wenn man den Journalisten folgende fünf Fragen stelle, auf welche 95% der Befragten die gleiche Antwort geben.

Frage 1: Soll die Schweiz der EU beitreten?

Die Antwort lautet «Ja».

Frage 2: Haben wir eine zu starke Einmischung des Staates?

Die Antwort ist «Nein».

Frage 3: Wie sehen Sie Bundesrat Christoph Blocher?

«Problematisch», lautet die Antwort.

Frage 4: Was halten Sie vom amerikanischen Präsidenten George W. Bush?

«Grösstes Unglück», wird geantwortet.



Soziale Wohlfahrt

Eine weitere Belastung für unsere Freiheit ist der aktuelle Schuldenberg von Bund, Kantonen und Gemeinden. Er ist auf 247 Mrd. angewachsen. Pro Einwohner ergibt dies Fr. 33 000 Schulden. Auch die Staatsquote hat seit den 90er-Jahren rasant zugenommen. Dies bedeutet, dass uns Bürgern stets weniger Geld zur freien Verfügung bleibt, was unsere Freiheit einschränkt. Unter dem Gleichheitsprimat wird unser System zunehmend sozialistischer. Kinderkrippen und Tagesschulen sollen zukünftig die Stütze unseres Erziehungssystems sein. Dafür bezahlen wir höhere Steuern. Wenn ich jedoch eine private Lösung für die

vorgenommen werden, so führt dies früher oder später zu einem Eklat. Es darf nicht sein, dass derjenige, den wir mit Steuergeldern unterstützen, mehr hat, als jener, der den Staat nicht belastet.

Die Rolle der Medien

Erstaunlich ist auch, dass solche Nachrichten kaum ein Medienecho erhalten, da sie einfach nicht der gängigen 68er-Ideologie entsprechen. Markus Somm, der stellvertretende Redaktor der Weltwoche, hat uns an der Hauptversammlung zum Thema «Warum ist die Schweiz nicht mehr liberal? Die Rolle der Medien?» die Gründe für den linksliberalen Mainstream in der Medien-

Frage 5: Wie sieht für Sie Familienförderung aus?

Antwort: «Wir benötigen Tagesschulen».

Die «wandelnde Harmoniesucht» der Journalisten, die von der 68er-Weltanschauung geprägt sind, führe zu einer Einheitspresse, zudem komme die wirtschaftlich motivierte Pressekonzentration dazu, die mithilfe, das liberale Gedankengut zu zerstören, analysiert Somm. Fazit daraus: Die Schweiz benötigt mehr Wettbewerb in der Medienbranche und unabhängige Verlagsanstalten, zudem muss das Monopol des Staatsfernsehens aufgebrochen und die staatlich finanzierte Propagandamaschinerie mit ihren Experten, die

scheinbar eine objektive Wahrheit vertreten (Bsp. Thema Klimafrage), eingedämmt werden. Mit den PL-Mitteilungen setzt PRO LIBERTATE ein Gegengewicht zum alltäglichen Mainstream der Medien.

Bergier-Ideologie

Ebenfalls wehrten wir uns gegen die Verunglimpfung und Denunzierung der Weltkriegsgeneration. Die Schweiz blieb vom Zweiten Weltkrieg verschont. Dafür müssen wir dankbar sein. Der Bund gab 22 Millionen für die Niederschrift des Bergier-Berichtes aus – eine Anklageschrift gegen das Schweizer Volk. PRO LIBERTATE wehrte sich und fand in den Medien Beachtung. Mit den Broschüren: «Das Ende der J-Stempel-Saga» von Dr. Max Keller, «Die Schweiz im 2. Weltkrieg» von Treumund E. Itin, «Die schweizerische Flüchtlingspolitik 1933–1945» von Dr. Alfred Cattani sowie «Paul Grüniger; Held oder korrupter Polizist und Nazi-Agent?» von Shraga Elam setzte PRO LIBERTATE ein Zeichen gegen die Diffamierung der Schweiz.

Neuerdings hält die Bergier-Ideologie auch Einzug in den Schulen. Das neue Lehrmittel des Kantons Zürich «Hinschauen und Nachfragen» ist ein weiterer Auswuchs davon. Mittels Teil- und Halbwahrheiten sowie mittels einseitiger Fragestellung will man moralisierend vorgeben, wie man diese Zeit zu verstehen habe. PRO LIBERTATE wird weiterhin gegen eine ideologische Geschichtsschreibung kämpfen.

Demokratie

Eine weitere Baustelle, bei der sich PRO LIBERTATE engagieren muss, ist unsere Demokratie. Durch den zunehmenden Fusionstrend auf Gemeindeebene ist sie gefährdet. Unter Vorspiegelung von Kosteneinsparungen und übergeordneter Aufgaben schaltet man den Bürger langsam aus. Zentralistisch versucht man alles zu regeln, gleichzuschalten und vergällt dem Bürger das Interesse. Dabei ist doch gerade der Föderalismus, welcher dezentrale und individuelle Lösungen ermöglicht, die Stärke der Schweiz. Eine Verwaltung, die der Bürger kennt und kontrollieren kann, ist effizienter. Doch nicht nur auf Gemeindeebene, auch auf nationaler Ebene werden wir Bürger unserer Rechte teilweise entledigt, beispielsweise wenn wir nicht mehr mitbestimmen können, wenn wir einbürgern wollen, oder wenn die Bundesverwaltung die Abstim-



■ Die zitierte Textstelle am Schluss der Jubiläumsrede stammt aus der Schriftenreihe Nr. 17 «Die Schweiz – ein eigenwilliges Land» von Dr. Sigmund Widmer. Ihre 1. Auflage erschien zum 1. August 2003. In der Zwischenzeit konnte bereits die 2. Auflage realisiert werden. Auch zum 1. August 2006 sind die Darstellungen von Sigmund Widmer hoch aktuell. Als lehrreiche, ermutigende Sommerlektüre oder als Geschenk. ■

Bestellschein auf Seite 12

mungskampagnen führt und Bundesräte Abstimmungssiege feiern. Nach wie vor ist der EU-Beitritt nicht vom Tisch, obschon wir bei einem EU-Beitritt unser System grundsätzlich umbauen müssten. Meine lernenden Gastronomiefachassistentinnen können bei einem Vergleich zwischen dem Regierungssystem der EU und dem Regierungssystem der Schweiz selbstständig feststellen, dass die Volksrechte bei einem EU-Beitritt verringert würden. Der abtretende Bundesrat Joseph Deiss, weitere Bundesräte und Politiker sehen jedoch die Zukunft der

Schweiz nur bei einem EU-Beitritt. Ein EU-Beitritt hätte nicht nur Konsequenzen für unser politisches System, sondern auch für unsere Wirtschaft. Professor Dr. Franz Jaeger wird uns anschliessend zum Thema: «Die schweizerische Europapolitik aus wirtschaftspolitischer Sicht» referieren. Liebe Anwesende, auch wenn wir in den Medien, welche diese Woche über unser Jubiläum berichteten, als bedeutungslos eingestuft werden, führen wir unseren Einsatz für Freiheit, Demokratie und Menschenwürde unbeirrbar weiter. Allein

schon Ihre Anwesenheit zeigt, dass PRO LIBERTATE nicht bedeutungslos ist. 50 Jahre sind nicht genug, es gibt viel zu tun – packen wir es an!

Schliessen möchte ich mit den Schlussgedanken von Dr. Sigmund Widmer in der Broschüre: «Die Schweiz – ein eigenwilliges Land»:

«Eindeutig bleibt, dass die Schweiz immer dann in Schwierigkeiten geriet, wenn sie auf eine eigene Position verzichtete und sich brav bemühte, möglichst gehorsam die in der Umwelt herrschenden An-

schauungen zu befolgen. Dieses Gebot, sich eigenwillig zu verhalten, schloss naturgemäss die Existenz von Persönlichkeiten ein, die mit neuen Ideen, mit originellen Vorschlägen an die Weltöffentlichkeit traten. Es sei etwa an Henry Dunant erinnert, den Begründer des Roten Kreuzes. Das Ansehen des kleinen Landes beruht nicht zuletzt auf Freiheit, welche die Schweiz den Schöpfern solcher Ideen gewährt. Ebenso klar ist leider auch, dass die meisten

der zur Zeit in Bern herrschenden Kräfte sich bemühen, möglichst unauffällig im internationalen Alltag mitzuschwimmen, und jede eigenwillige Position zu vermeiden pflegen. Dem entsprechen das folgsame Mitmachen in der UNO, der formell von der Landesregierung beschlossene Beitritt zur EU sowie die pausenlose Reisetätigkeiten von Bundesräten wie von Parlamentariern, ohne dass sich die geringste positive Wirkung feststellen liesse.»

Zusammenfassung der Festrede von Prof. Dr. Franz Jaeger zum Thema:

«Die schweizerische Europapolitik aus wirtschaftspolitischer Sicht»

Höhepunkt der Jubiläumsveranstaltung von PRO LIBERTATE im Berner Rathaus Bern war das anderthalbstündige Referat von Professor Jaeger. Seine informative und packende Rede war ein Hochgenuss und wurde auch mit tosendem Applaus honoriert.

Professor Jaeger stellt fest, dass die Schweizer Konjunktur an Fahrt gewonnen habe, auch wenn die Erdölpreiserhöhung die optimistischen Konjunkturaussichten etwas beeinträchtigt. Jedenfalls seien wir im Vergleich zu unseren binnenwirtschaftlich schwächeren Grossnachbarn überdurchschnittlich gut unterwegs. Gründe dafür seien die exzellenten monetären Bedingungen wie auch die überdurchschnittliche Arbeitsmarktpformance. Eine Einbindung in die Eurozone würde uns der Wachstumschancen berauben. Die Wachstumskrise, die uns in den letzten Jahren begleitet hätte, sei hausgemacht, denn 1980 seien wir wohlstandsmässig Weltspitze gewesen mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weit mehr als 10% über jenem der USA. Danach liessen wir uns auf EU-Mittelmasse zurückfallen. Die Regulierungsdichte, wo wir zu der OECD-Spitzengruppe gehörten, wie auch der rasante Anstieg unserer Steuer- und Ausgabenbelastungen sowie unsere staatlichen Ausgaben und Verschuldungsanteile am Bruttoinlandprodukt hätten zu dieser Krise geführt. Auch das Wettbewerbsdefizit sei ein Problem. Kartelle, Protektion an der Grenze, staatlich kontrollierte bzw. gelenkte Importe, Preisregulie-

rungen zwecks Realisierung sozial-, gesundheits-, kultur- und umweltpolitischer Ziele sowie politisch zementierte, oft mit dubiosen Service-public-Argumenten geschützte Staatsmonopole hätten die schweizerische Binnenwirtschaft zu einer Hochpreisbastion gemacht. Was wir benötigten, sei mehr Wettbewerb und die Zurückbindung der Politik aus funktionsfähigen Märkten. Die Stärke der schweizerischen Volkswirtschaft sei die monetäre Stabilität. Wir seien sozusagen eine Oase tiefster Zinsen und Inflationsraten. Diesen Standortvorteil verdanke man einer jahrzehntelangen ausgereiften, permanenten und deshalb erfolgreichen Stabilitätspolitik der vom politischen Gezerr unab-

hängigen Nationalbank. Bei einem EU-Beitritt müsste diese Zins- und Geldwertstabilitätspolitik nach Frankfurt an die EZB delegiert werden. Unser Zinsniveau wie auch die Hypothekenzinsen würden auf europäisches Niveau angehoben, was zu einer zusätzlichen Belastung des regulierten Immobilien- und Bau-marktes führe und auch die Mieten steigen liesse. Ebenfalls rät Professor Jaeger von einer Zollunion mit der EU ab, denn den wenigen Vorteilen wie der Reduktion der Transaktionskosten im Warenverkehr und einer Verbilligung der Agrarprodukte ständen eklatante Nachteile gegenüber. Der Mehrwertsteuerrichtsatz von 15% müsste übernommen werden, wie auch die



■ Professor Dr. Franz Jaeger spricht zum Thema:

«Die schweizerische Europapolitik aus wirtschaftspolitischer Sicht» ■

höheren Aussenzölle für Industriegüter (EU-Schnitt 4,1%, Schweiz 1,3%). Ebenfalls hätte man die protektionistische EU-Handelspolitik gegenüber Drittstaaten zu übernehmen. Freihandelszonen mit Ländern in Nord- und Lateinamerika sowie Asien wären nicht mehr möglich und wir würden zu einem wirtschaftspolitischen EU-Satelliten mutieren. Professor Jaeger wünscht sich für die Zukunft der Schweiz eine inter-

nationale Ausrichtung der Volkswirtschaft. Die Kundennetze ausserhalb der Euro-Zone sollten aufgebaut werden – im angelsächsischen, asiatischen und im lateinamerikanischen Raum – und die EU-Lastigkeit sollte abgebaut werden. Er wünscht sich eine Schweiz, die sich dem Wettbewerb stellt und wo die Leistung im Vordergrund steht. Der Arbeitsmarkt sollte frei sein und sich nicht von beschäftigungsfeindlichen Re-

gelungen überziehen lassen. Weiterhin müsse die Notenbank-Politik eigenständig betrieben werden können und die Regierung müsse der finanzpolitischen Verluderung der Staatsfinanzen einen Riegel verschieben. Mit Disziplin, Leistung und freiem Wettbewerb hätten wir in Europa die Chance, zu einem Wachstums- und Wohlstandsjuwel zu werden.

BUCHBESPRECHUNG:

Gegen die Diktatur – für die Freiheit

DR. FRIEDRICH-WILHELM SCHLOMANN

Äusserlich ist es ein unscheinbares Büchlein. Schweizer Persönlichkeiten, die mitten im Leben stehen und denen sowohl die braune als auch die rote Diktatur keineswegs unbekannt sind, lasen es nach ihren eigenen Worten indes «mit Entsetzen» und waren «schockiert». Gewiss dachten sie beim Lesen an ihre eigene Studentenzeit damals in Bern, Zürich oder Basel zurück, mit den fröhlichen Bällen und den oft hitzigen politischen Diskussionen. Dass ein solches unbeschwertes Leben nur möglich ist in Freiheit – die bei uns in der Schweiz eine längst alltägliche Selbstverständlichkeit darstellt –, wird ihnen erneut bewusst geworden sein.

Das Buch dokumentiert nämlich den Freiheitswillen der Studentenschaft der Leipziger Universität nach dem Zweiten Weltkrieg, der von der zweiten deutschen Diktatur – gestützt auf sowjetische Bajonette – auf brutalste Weise unterdrückt wurde. In einem bewegenden Geleitwort schreibt der frühere deutsche Aussenminister Genscher, nach 1945 sei in der deutschen Ostzone eine Generation auf die Universitäten gekommen, welche in grosser Dankbarkeit die Hitler-Diktatur und die Schrecken des Krieges überlebt zu haben, voller Ideale für Freiheit und Demokratie war. Die bald einsetzenden Bestrebungen der ostdeutschen und sowjetischen Kommunisten, die Hochschulen der DDR unter ihre Kontrolle zu bringen, stiess auf den erbitterten Widerstand vieler freiheitlicher Studenten. Konnte ein solcher anfangs noch im gewissen Rahmen legal erfolgen, war er bald nur noch heimlich – illegal – möglich.

Viele mussten ihr Eintreten für die Freiheit – wer denkt dabei nicht an unser Leitwort «PRO LIBERTATE»! – mit einem sehr hohen Preis bezahlen: Allein an der Universität Leipzig wurden zwischen 1945 und 1955 immerhin 16 Studenten zum Tode verurteilt bzw. starben während ihrer langen Zuchthausstrafen! Ein junges Mädchen beging in voller Verzweiflung mit ihren 25 Jahren Selbstmord: Die rote Gestapo der DDR hatte ihr die Verhaftung von Angehörigen angedroht, wenn sie nicht bestimmte Namen von Mit-Studenten nennen würde. Weitere 102 wurden verhaftet wegen illegalen Widerstandes – wobei Insider wissen, dass noch heutzutage manche Schicksale im Dunkeln liegen. (Diese Zahlen werden für Aussenstehende verständlicher Weise bestürzend sein, doch stellen sie eher die «Norm» als eine Ausnahme dar: An der benachbarten Universität Halle beispielsweise wurden sogar 135 Studenten Opfer der SED-Diktatur.)

Der Leser erlebt die Verurteilten, die zumeist im sibirischen Workuta (am Nördlichen Eismeer) bei einer Kälte von bis zu 40° Celsius arbeiten mussten. Von mehreren Seiten erfährt man bisher Unbekanntes über den studentischen Widerstandskreis, dessen Leiter 1951 in Moskau hingerichtet wurde – doch erst nach 43 Jahren erhielten seine Angehörigen endgültige Gewissheit. Von dem einzig Überlebenden wird erstmals über die Tätigkeit einer anderen, sehr aktiven Gruppe berichtet, deren zwei weitere Angehörige zu je zweimal 25 Jahren bestraft wurden. Einer wurde 1954 im Zuchthaus Bautzen von Stiefeln des Bewachungspersonals absichtlich zu Tode getreten.

Ihr Anführer, der bereits in der Nazi-Zeit wegen seiner Widerstandsarbeit gegen die Hitler-Diktatur sechs Jahre im KZ war, beging 1955 infolge Depressionen Selbstmord. Zutreffend fragt das Buch: «Was hat er von seinem Leben gehabt? Es war stets «nur» ein Kampf gegen eine Diktatur...»

Nach ihrer späteren Entlassung waren die meisten Häftlinge menschliche Wracks, viele blieben für immer gezeichnet. Andere schafften den Sprung zurück in ein normales Leben: Elf promovierten, einer wurde Ehrendoktor der Universität in Ankara. Vier stiegen sogar zu Universitäts-Professoren auf. Einer ging nach Grossbritannien. Zwei der einstigen Studenten im illegalen Widerstand fanden den Weg in die Schweiz: Einer promovierte in Basel und hielt späterhin Gastvorlesungen an der ETH Zürich, sein Wunsch, völlig in unser Land überzusiedeln, schaffte er aus Altersgründen indes nicht mehr. Der andere konnte bald Oberassistent am Zahnärztlichen Institut der Universität Zürich werden und hatte danach eine eigene Praxis im Kt. Glarus – wo er inzwischen Heimat und Freiheit fand.

Die Autoren sehen sich in der moralischen Pflicht, an die schweren Schicksale von Menschen zu erinnern, die ihr Leben und ihre Jugend für die Freiheit einsetzten und dafür grausam bestraft wurden. Es waren Deutsche, doch auch ein Schweizer wird ihr Buch zweifellos recht nachdenklich aus der Hand legen. Ist die Freiheit doch ein äusserst kostbares Gut, was man allerdings leider oft erst erkennt, wenn diese gefährdet ist. Daher gilt – wie vor jetzt 50 Jahren – nach wie vor und auch weiterhin unverändert unser Leitmotiv: «PRO LIBERTATE»!

(Jens Blecher u. Gerald Wiemers, «Studentischer Widerstand an den mitteldeutschen Universitäten, 1945–1955», Leipzig, 2005, 333 Seiten; 22 Euro. ISBN 3-86583-008-0)

Unkontrollierte und willkürliche schrittweise Armeeabschaffung – am Souverän vorbei?

DOMINIQUE BRUNNER,
OBERST I GST A. D.

Nun steht die Botschaft des Bundesrates über die Änderung der Armeeorganisation (31. Mai 2006) in den Kommissionen und in beiden Räten vor der Beratung. Ihr Inhalt ist seit dem Vorentscheid von 11. Mai des vorigen Jahres in den grossen Zügen bekannt. Es war in diesen Spalten auch schon davon – kritisch – die Rede. Man hat jüngst eine Vernehmlassung bei den Parteien und weiteren Organisationen, insbesondere den ausserdienstlichen Organisationen der Miliz, veranstaltet, deren Ergebnis in der Botschaft – eher rudimentär, aber nicht unzutreffend – zusammengefasst ist. Um es vorwegzunehmen: Unter dem Titel «Gleichgültigkeit weiterer Teile der politischen Klasse als Symptom der Dekadenz» schleuderten wir eben Teilen dieser politischen Klasse ins Gesicht, sie würden in Armeefragen mangelnde Standfestigkeit angesichts der Pressionen von links sowie der Exekutive beweisen und damit die Entscheidungen des Souveräns der letzten 13 Jahre missachten (ASMZ 11/2004). An diesem Urteil ist bis auf weiteres nichts zu ändern! Aufs Ganze gesehen verdienen von den politischen Kräften nur die

SVP, die ich nicht ohne Grund früher in Armeefragen kritisiert habe, und die Zürcher FDP für ihre dezidierten Worte Anerkennung. Unter den Stellungnahmen der Milizorganisationen ragt die Pro Militia heraus, die ausschliesslich kompetente, verdiente Persönlichkeiten, etwa die früheren Nationalräte und Regiments-Kommandanten Bonny und Spälti, den ehemaligen Nationalratspräsidenten Bremi, die Korpskommandanten Häsler, Kuchler, Abt, Moll und viele weitere Persönlichkeiten umfasst. Im Sinn ihrer Stellungnahme hat Jean-Pierre Bonny in der NZZ vom 26. Mai das Entscheidende gesagt («Die neue Armee – verfassungskonform?»). Die Unteroffiziere, die Panzeroffiziere und die Dachorganisation der Miliz, die AWM, der die PRO LIBERTATE angehört, haben wohl begründete Einwände erhoben und diese sog. Reform, die einer teilweisen Kastrierung gleichkommt, abgelehnt. Die Schweizerische Offiziersgesellschaft hat zwar im zweiten Anlauf ihre eindeutige Kritik etwas nüanciert, aber nichtsdestotrotz klare Bedingungen gestellt.

Diese «Reorganisation innerhalb der Armee-Reorganisation», nur drei Jahre nach dem Plazet des Volkes zur Armee XXI, ist primär aus zwei zwingenden Gründen unerträglich.

Einmal weil die militärischen Kräfte, die zum Gefecht der verbundenen Waffen, d.h. richtig besehen zur Abwehr – aus Verteidigung und Gegenangriff bestehend – operativ und taktisch befähigt sind, auf einen Bruchteil der Armee reduziert werden, derweil die Masse der Infanterie der «modischen» Gefechtsform der sog. Raumsicherung vorbehalten wird – sofern sie nicht für unangemessene Aufgaben missbraucht wird, z.B. für – nicht Wehrsportveranstaltungen – sondern sportliches Allotria oder Botschaftsbewachung. Sodann hat man sich zuständigensorts vor dem Inkrafttreten der Armee XXI angesichts des – begründbaren – bewussten Abbaus der Bestände damit herausgeredet, man werde zum «Aufwuchs» fähig sein, nicht zuletzt unter Verwendung der «Reserve». Jetzt ist es erwiesen, dass das leichtfertige, hohle Versprechungen waren: Es bräuchte, wird verlautbart, jahrelange und kostspielige Anstrengungen, um wieder einigermaßen zu anspruchsvollem Kampf fähig zu sein ... Man hat somit Volk und Armee irregeführt. Der Versuch von Bundesrat und gewissen Exponenten des VBS, den plötzlich Kurswechsel mit Wandlungen in der Bedrohung zu erklären, ist, gelinde gesagt, lächerlich – gleich wie die Entschuldigung für die grobe Unterschätzung des finanziellen Aufwandes für die Sicherheit bei den Fussball-Euromeisterschaften in der Schweiz um das Zehnfache! Terroristische Übergriffe sind seit sehr langer Zeit eine immer wieder auftretende Gefahr. Man hatte es im endigenden 19. Jahrhundert und vor dem Zweiten Weltkrieg schwergewichtig mit Anschlägen gegen gekrönte Häupter und Regierungsmitglieder in Europa zu tun, z.B. das Attentat auf den jugoslawischen König Alexander und den französischen Aussenminister Barthou in Marseille 1934. In den 70er-Jahren waren die Ziele der Mordanschläge



■ Von 19,1% 1990 ist der Anteil der Armee an den Bundesausgaben jetzt auf weniger als 9% gefallen. ■

Regierungsmitglieder, etwa Moro in Italien, Politiker oder Unternehmer in Deutschland, begangen durch hinterhältige Anarchisten. 1981 konnte man schreiben: «Damit der Terrorismus die gleiche strategische Relevanz erlangen könnte wie der «normale» Krieg ... müsste der Terrorismus eine ausserordentlich grosse Intensität haben, und Vorbedingung seines Erfolges wäre ein schon weit fortgeschrittener innerer Zerfall der staatlichen Ordnung» («Landesverteidigung in der Zukunft», Verlag Huber Frauenfeld). Ausserhalb von nicht befriedeten Schauplätzen wie Irak oder Afghanistan und von Israel ist der radikal-islamistische Terrorismus eine gewiss sehr ernstzunehmende Bedrohung, aber in der Regel eine Polizeiaufgabe! Demgegenüber kann die ganze Armeeführung nicht in den euphorischsten Träumen glaubwürdig dartun, dass wir in fünf oder zehn Jahren nicht auf eine Verteidigungsfähigkeit angewiesen sein könnten, die man im Begriffe ist leichtfertig zu liquidieren mit als einziger Begründung, man müsse halt im Zeichen der famosen Opfersymmetrie bei der Verteidigung weitere Abstriche vornehmen. Dabei hat nur die Armee systematisch seit 1991 kräftig gespart. Von 19,1% 1990 ist der Anteil der Armee an den Bundesausgaben jetzt auf weniger als 9% gefallen – die Verteidigung ist fast ausschliesslich eine Bundesaufgabe! –, der Anteil am Bruttoinlandprodukt von 1,57% auf weniger als ein Prozent geschrumpft.

Nach wie vor gültig!

Und wir halten daran fest!

Nach der Abstimmung über die Armee XXI verabschiedete PRO LIBERTATE ihre

«Armeepolitische Plattform 19. Mai 2003»

- Eine nächste Armeereform ist kein Thema.
- Die immerwährende, bewaffnete Neutralität als aussenpolitische Maxime wird in Armeekursen als zukunftsgerichtetes Instrument schweizerischer Aussenpolitik kommuniziert.
- Die Schweiz tritt der Nato, der Westeuropäischen Union (WEU) und/oder anderen Verteidigungsbündnissen nicht bei.
- Der Auftrag Verteidigung und Raumsicherung ist Hauptaufgabe der Armee.
- Auslandseinsätze kommen nur im Rahmen der Gesetzgebung und unmittelbarer Interessen der Schweiz in Frage. Sie sind kein Hauptauftrag der Armee.
- Die Ausbildung im Ausland ist auf ein notwendiges Minimum zu reduzieren. Die Politik setzt sich für brauchbare Waffenplätze in der Schweiz ein.
- Das Milizkader in der Armee wird gefördert, insbesondere für Kommandofunktionen bis Stufe Brigade (Gebirgsbrigade).
- Die Wirtschaft ist bereit, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine militärische Karriere zu ermöglichen.
- Das Jahresbudget der Armee darf nicht unter 4 Milliarden Franken sinken.
- Die persönliche Armeewaffe und die Kriegsmunition werden weiterhin zu Hause bereitgehalten.
- Das ausserdienstliche Schiesswesen wird vom Bund und den Kantonen gefördert.
- Die politische VBS-Führung und die Armeespitze sind bereit, mit Milizorganisationen den Dialog zu führen.
- Die unabhängige Militärpresse bleibt erhalten.
- Ausserdienstliche Veranstaltungen werden vom VBS gefördert und unterstützt.
- VBS, Armee und Milizorganisationen setzen alles daran, dass das Verhältnis Volk – Armee gefestigt und ausgebaut wird.

Für einen selbstbewussten Patriotismus!

PATRICK FREUDIGER,
STADTRAT LANGENTHAL

E-Mail: p.freudiger@besonet.ch

Die Fussballweltmeisterschaft ist vorbei. In praktisch allen Nationen entfachte sich ein Patriotismus, wie man ihn sonst vielleicht nur in den USA kennt. Plötzlich war es wieder trendy, die eigene Nation anzufeuern, stolz darauf zu sein, Bürger dieser oder jener Nation zu sein. Im weltkriegstraumatisierten Deutschland waren die Intellektuellen derart ratlos, dass sie in einer Patriotismusdebatte nach Erklärungen dafür suchen mussten. Auch in der Schweiz wurde mitgefiebert. Ein Meer in Rot-

Weiss entstand in allen Städten nach jeder erfolgreichen Leistung des Schweizer Nationalteams.

Aber eben: Die Weltmeisterschaft ist vorbei. Es ist zu befürchten, dass dieses Wiederaufleben eines sympathischen Nationalbewusstseins von kurzer Dauer bleibt und sich auf ein kommerziell ausgestaltetes Sportereignis beschränkte. Warum aber haben gerade die Europäer ein derart gespanntes Verhältnis zum Begriff Nation?

Die Erklärung scheint einfach: Das nationalsozialistische Deutschland habe allen die Gräuel vor Augen geführt, die der Nationalstaat verursachen könne. Doch bleibt die

Frage, ob die Nation wirklich das ausschlaggebende Element für den Nationalsozialismus gewesen ist. Immerhin wurde Deutschland auch wiederum von Nationalstaaten und nicht von supranationalen Organisationen besiegt, hauptsächlich übrigens von demjenigen Nationalstaat, den wir heute so gern verteu-eln. Es gibt ebenso leuchtende wie abscheuliche Beispiele für den Nationalstaat. Was haben aber all die totalitären, nationalsozialistischen und faschistischen Regimes gemeinsam? Immer war es der Staat, der sich zu seiner Durchsetzung problemlos des Elements des Nationalen bedienen konnte,

■ ■ Fussball-WM 2006:
«Es ist wieder trendy, die
eigene Nation anzufeuern» ■ ■

um es als Ersatzreligion, Volksbetö-
rung oder Legitimation für Angriffs-
kriege zu missbrauchen.

Das Problem ist, um es kurz zu fas-
sen, nicht der Nationalstaat, son-
dern der Staat generell. Nationen
wie England, die USA oder die
Schweiz, Länder allesamt mit libe-
raler und staats skeptischer Tradi-
tion wurden nie zum Opfer eines
faschistischen oder nationalsozia-
listischen Regimes. Der freie Bürger,
der sein Leben selbst in die Hand
nimmt und dafür Verantwortung
trägt, sich aber nicht in die Arme
des Staates fallen lässt, ist der
beste Garant für Freiheit, Demo-
kratie und Menschenwürde. In
Deutschland hingegen, dem Mut-
terland des Sozialstaates mit seiner
autoritär organisierten Gesellschaft,
war die liberale «Barriere» viel tiefer,
so dass sich der Nationalsozialis-
mus leicht ausbreiten konnte. Der
Bürger war hier primär Herdentier
und der Staat eine Art komfortabler
Massenfütterungsanstalt, die dem
Bürger all seine Verantwortung
abnahm. Da war es nur eine Frage
der Zeit, bis der Bürger auch seine
Selbstbestimmung an den Staat
übertrug und sich – freiwillig – zu
seinem Sklaven machte. Das glei-
che gilt für Japan mit seiner ab-
solutistischen Tradition, das im
Zweiten Weltkrieg als faschisti-
sches Regime mit Deutschland und
Italien auf einer Seite stand.

Genau betrachtet ist der National-
staat sogar ein Garant für Freiheit.
Nur der Nationalstaat hat die Mög-
lichkeit, eine freiheitliche Staats-
ordnung zu schaffen. Supranatio-



Bild: Keystone

nale Organisationen wie die EU als
Alternative tendieren per se zum
Zentralismus, zu Bürgerferne und
damit zur Unfreiheit, da von einer
Zentrale aus ein riesiges Gebiet
kontrolliert werden muss. Zudem
sind die Magistraten eines derarti-
gen zentralistischen Molochs den
Bürgern kaum je Rechenschaft
schuldig.

Die Schweiz ist nun ein Muster-
exempel eines erfolgreichen National-
staates. Trotz mangelnder Bodenschätze und inmitten von Gross-
mächten schaffte es dieses Land,
zu einer der freiheitlichsten Nationen
mit grossem Wohlstand in Europa
zu werden. Grund dafür war haupt-
sächlich die Tradition der Freiheit.
Der Schweizer Schriftsteller Gott-
fried Keller sagte einmal: «Der Na-
tionalcharakter der Schweizer be-
steht nicht in den ältesten Ahnen,
noch in der Lage des Landes noch
sonst in irgend etwas Materiellem;
sondern er besteht in ihrer Liebe
zur Freiheit.»

Diese Freiheit äussert sich in der
weitgehenden Kontrolle der Bürger
über die Regierenden (direkte De-
mokratie), der ausgeprägten Macht-
verteilung im Staat (Föderalismus)
und der aussenpolitischen Unabhän-
gigkeit, basierend auf der
Neutralität. Davon profitieren wir
alle. Jeden Tag. Für dieses Leben in
Freiheit und Wohlstand sollten wir
dankbar sein. Wenn einzelne Par-
lamentarier den Saal verlassen
beim Anklingen der Schweizer
Nationalhymne, so ist dies nicht
nur bedenklich, sondern schlicht
dumm. Profitieren diese Parla-
mentarier etwa nicht auch von den
Bürgerrechten, die unsere Bundes-
verfassung festhält? Im Sinne eines
selbstbewussten Patriotismus dür-
fen wir stolz auf unsere Errungen-
schaften sein, ohne dabei aber den
Blick für die Errungenschaften
anderer Nationen zu verlieren. Oder
wie Gottfried Keller einst sagte:
«Achte jedes Mannes Vaterland,
aber das deine liebe.»

JUBILÄUMSAUSFLUG

Freitag,

22. September 2006:

Car- und Schiffsreise zum Schloss Grandson

Lassen Sie sich diese Chance nicht entgehen!
Melden Sie sich rasch an (siehe Beilage).

Begeben Sie sich mit uns in einer wunderschönen Herbst-
landschaft auf die Spuren der alten Eidgenossen, die vor
530 Jahren einen wichtigen Grundstein für die schweizerische
Unabhängigkeit gelegt haben.

PRO  LIBERTATE

Wer für die Zukunft handeln will, muss seine Geschichte kennen.



●●●● 4 klare Worte und Positionen

Zusammenfassung dieser PRO-LIBERTATE-Mitteilungen

1. Demokratie lebt vom Dialog, von der Distanz und von der Disziplin.
2. Die Schweiz muss eigenwillig bleiben.
3. Die Schweiz braucht eine weltoffene Aussenwirtschaftspolitik.
4. Nein zur Änderung der Armeeorganisation!

PRO  LIBERTATE – mit Sicherheit mehr bürgerliche Schweiz.

12



Die Bestrebungen von

PRO  LIBERTATE

für die Erhaltung und die Förderung
einer «gesunden» Schweiz interessieren mich.

Ich / wir unterstütze(n) PRO LIBERTATE

- als Mitglied, Jahresbeitrag Fr. 40.–, Ehepaare Fr. 60.–
- als Gönner, Jahresbeitrag Fr. 100.–
- als Sympathisant, Beitrag nach freiem Ermessen
- Ich bin an weiteren Informationen interessiert

Ich bestelle folgende Broschüren:



Ex. Sigmund Widmer «Die Schweiz – ein eigenwilliges Land», Preis Fr. 8.—



Ex. Luzi Stamm «Die gezielte Zerstörung unserer direkten Demokratie», Preis Fr. 12.—

Name

Vorname

Adresse

PLZ/Ort

Telefon

Datum

Unterschrift

Einsenden an: PRO LIBERTATE • Postfach 587 • 3052 Zollikofen
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85
E-Mail: info@prolibertate.ch

Impressum

Redaktion: A. Bossard Gartenmann, M. Gerber

Geschäftsstelle: Schweizerische Vereinigung
PRO LIBERTATE, Postfach 587, 3052 Zollikofen
Tel. 031 332 57 84 • Fax 031 332 57 85
Internet: www.prolibertate.ch
E-Mail: info@prolibertate.ch

Abdruck mit Quellenangabe und Beleg erlaubt.
Erscheint 6x jährlich. Leserzuschriften müssen
nicht die Meinung der Redaktion wiedergeben.

Spenden: PC-30-26847-0

Vorstand

Ami Bossard Gartenmann (Präsidentin),
3800 Matten b. I.

Max Gerber (Vizepräsident), 3000 Bern 6


Marcel Bieri (Kassier), 3052 Zollikofen

Thomas Fuchs (Sekretär), 3018 Bern-Bümpliz

Alfred M. Zumbrunn, 3645 Gwatt

Patrick Freudiger, 4900 Langenthal

Redaktionsschluss dieser Nummer: 20.7.2006

Sie können Spenden
an PRO LIBERTATE
auch in  tätigen.

Schon
vorbeigesurft?

www.prolibertate.ch